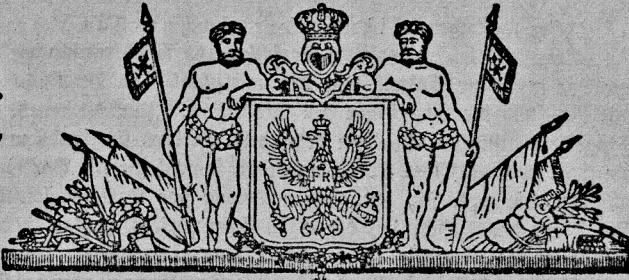


# Wossische



# Zeitung

70 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Die Summen von Cannes bestätigt.

### Finanzkontrolle und Anleihe.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Paris, 21. März.

Wie Havas meldet, enthalten die bereits gefassten Beschlüsse der Reparationskommission den Plan eines Abkommens, wonach Deutschland für 1922 ein Moratorium auf der Grundlage der Beschlüsse von Cannes: Zahlung von 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen, gewährt wird.

Nach einer Mitteilung des „Matin“ ist die Verzögerung der endgültigen Entscheidung der Reparationskommission auf neue Vorschläge des belgischen Delegierten Delacroix in der Frage der Finanzkontrolle zurückzuführen. Die englischen und italienischen Vertreter wollten nach dieser Meldung Deutschland nicht sogleich eine Finanzkontrolle auferlegen, sondern ihm nur gewissermaßen ein Ultimatum stellen und unter Androhung von Zwangsmaßnahmen eine Frist bewilligen, innerhalb deren es sich durch eigene Reformarbeit die Einmischung der Alliierten verhindern könnte. Demgegenüber hätten die französischen Delegierten die sofortige Einführung der Kontrolle verlangt. Delacroixs Vorschläge suchten nur zwischen diesen beiden Projekten zu vermitteln. Die Entscheidung der Reparationskommission soll angeblich heute abend erfolgen.

Der „Petit Parisien“ dagegen glaubt versichern zu können, daß die Kommission im ganzen nur die in Cannes vorgeschlagenen Bürgschaften nochmals genehmigen werde; allerdings bestiehe die Neigung, gewisse alliierte Kontrollen namentlich über die Zolleinnahmen und über den Eingang der Auslandsdevisen hinzuzufügen. Deutschland werde aufgefordert werden, dieser Kontrolle, deren Ausführungs Einzelheiten später festgesetzt werden sollen, sogleich grundsätzlich zuzustimmen.

Was die Frage der internationalen Anleihen betrifft, so scheint beabsichtigt zu sein, ihre Prüfung abzuschließen und abzuwarten, bis Deutschland die notwendigen Finanzreformen zur Festigung der Mark durchgeführt habe. Auf diesem Gebiete allerdings hätten die Beratungen noch zu keiner endgültigen Entscheidung geführt.

Das „Echo de Paris“ schreibt zu letzterer Frage, daß eine Hinausschiebung erfolgen werde, da augenblicklich kein Geldgeber geneigt wäre, Geld auf Reparationskonto zu leihen.

Der schon in der heutigen Morgenausgabe erwähnte, vom „Temps“ enthüllte Wiederaufbauplan soll angeblich vor-

sehen, daß alle Staaten, die ausländische Kredite erhalten wollten, ein Verwaltungs- und Finanzprogramm aufstellen müßten, das vom Parlamente zu genehmigen sei. Die betreffenden Regierungen müßten sich außerdem die Einrichtung von Finanzbeiräten gefallen lassen, die auch die Steuereinnahmen und die Verwaltung der Eisenbahnen zu beaufsichtigen hätten. Auch die Verwaltung der für die Anleihen gestellten Pfänder sei vom Auslande zu kontrollieren. Der „Temps“ hält es, wie schon gemeldet, für unmöglich und unerträglich, daß eine solche Finanzkontrolle den mittel- und osteuropäischen Siegerstaaten auferlegt werde.

Im Gegensatz zu verschiedenen Meldungen ist der Nachfolger Jules Cambons für den Vorsitz der Botschafterkonferenz noch nicht gefunden. Es dürfte voraussichtlich noch mehr als eine Woche dauern, bis diese Ernennung erfolgen wird. Jules Cambon hat sich bereit erklärt, sein Amt solange auszuüben, bis die hauptsächlichsten Fragen, die augenblicklich der Botschafterkonferenz zur Erledigung vorliegen, geordnet sein werden. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die Angelegenheit von Petersdorf-Olewiß. Die französische Regierung legt Wert darauf, daß Cambon, der über alle Einzelheiten hierüber auf dem Laufenden ist, seinen Posten nicht verläßt, ehe die Botschafterkonferenz eine Entscheidung getroffen hat.

## Die Orient-„Ausprache“.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Paris, 21. März.

Da die Zusammenkunft der Außenminister Englands, Frankreichs und Italiens über die Orientfragen erst morgen beginnen wird, nimmt man an, daß der italienische Minister Schanzer im Laufe des heutigen Tages eine private Unterhaltung mit Poincaré haben wird. Der „Petit Parisien“ betont, man habe auf diese Zusammenkunft der Außenminister zu unrecht das Wort „Konferenz“ angewendet. In Wahrheit handle es sich lediglich um einen Meinungs austausch zwischen den drei verbündeten Staatsmännern, die die Mittel prüfen werden, um den Frieden im Orient wieder herzustellen und gleichzeitig die Modifikationen, die man zu diesem Zweck am Vertrag von Sevres vornehmen müsse.

Man weiß bis jetzt noch nicht, ob die Vertreter der Regierungen von Angora, Konstantinopel und Athen von den drei Außenministern angehört werden, wie seinerzeit in London von dem Obersten Rat.

## Die Krise der Unionisten.

Von

Dr. W. S. Edwards.

Die Wertung der Nachrichten, die den kontinental-europäischen Zeitungen heute in verwirrender Fülle über die innerpolitischen Ereignisse Englands zugehen, wird erschwert durch eine falsche grundsätzliche Einstellung zu den Ursachen der Spannung in den englischen Parteien. Weil dieser oder jener unionistische Parteihauptling zweiten Ranges sich über den Ministerpräsidenten unfreundlich äußert oder weil Blätter, die, wie die Organe der Northcliffe-Presse, aus persönlichen Gründen — die Einstellung ihres Verlegers — die gegenwärtige Lage zu einer wüsten Hege gegen Lloyd George auszunutzen bestrebt sind, darf man sich doch nicht darüber täuschen lassen, daß es sich letzten Endes nicht um eine Kabinettskrise, sondern um eine Parteikrise handelt. Eine Parteikrise, die vielleicht dazu berufen ist, die Parteienfusion, aus der die gegenwärtige unionistische Partei hervorgegangen ist, rückgängig zu machen.

Wer mit der neueren englischen Geschichte nicht sehr vertraut ist, verfällt leicht dem Irrtum, die heutige unionistische Partei für die direkte Nachfolgerin jener konservativen Partei zu halten, die die Hauptstütze der Kabinette Disraelis gebildet hat. Die alte Torypartei erhielt aber im Jahre 1885 anlässlich der Beratung des ersten Selbstverwaltungsgesetzes für Irland einen starken Zuwachs aus dem liberalen Lager. Diese Gruppe, die liberalen Unionisten, die sich so nannten, weil sie im Gegensatz zum Gros ihrer Partei die Absicht Gladstones belämpften, die Union zwischen England und Irland aufzulösen und Irland autonom zu machen, hat einen erheblichen Teil des englischen Mittelstandes und des industriellen Unternehmertums der konservativen Partei zugeführt.

Die große Koalition, die die Kabinette Salisbury und Balfour in den Jahren 1895 bis 1905 geknüpft hat, bestand aus der alten konservativen Partei, die die Interessen der Kirche und der Landbevölkerung vertreten hat, und den liberalen Unionisten unter der Führung Chamberlains, des Waters, der der typische Vertreter des englischen Kolonialimperialismus und des aufstrebenden gewerblich so überaus erfolgreichen Mittelstandes war. Diese beiden Parteigruppen haben sich dann zur heutigen unionistischen Partei verschmolzen, in der sie in Gestalt des rechten und linken Flügels ihre Eigenart und ihre soziale Gegensätzlichkeit überwunden haben. Bezeichnend für die beiden Seelen, die in der Brust der unionistischen Partei wohnen, war noch vor ganz kurzer Zeit der Wettbewerb um die Fraktionsleitung. Auf der einen Seite stand als Vertreter der konservativen Interessen ein Lord Talbot, sein erfolgreicher Gegenkandidat war der jedes Abelsprädikat ablehnende Sohn des alten Chamberlain.

Als man im Kriege dazu überging, ein Koalitionskabinett aus Unionisten und Liberalen zu bilden, da waren die Führer des linken Flügels, die „bürgerlichen“ Unionisten, die wertvollsten Bindeglieder zwischen der Masse der konservativen Partei und den liberalen Bundesgenossen. Männer wie Austen Chamberlain und der Lordkanzler Birkenhead haben immer wieder in den Parteiversammlungen der Unionisten die Notwendigkeit betont, nicht nur im Kriege, sondern auch im Nachkriegsstadium des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft an der Koalition mit den Lloyd-George-Liberalen festzuhalten.

Seit einigen Monaten haben zuerst unter Führung von Außenministern, dann unter Leitung des Haupteinpeitschers der unionistischen Unterhausfraktion, Sir George Younger, die konservativen Elemente der Unionisten die Anschauung vertreten, daß die Neuwahlen nicht im Zeichen einer Parteienkoalition ausgefochten werden dürften, bei der man in vielen Wahlkreisen den Liberalen aussichtsreiche Siege überlassen oder die Wahlagitation zu ihren Gunsten dämpfen müsse. Die konservativen Elemente bei den Unionisten betonen, daß sie glauben, ihre Partei sei finanziell und wahltaktisch stark genug, um allein ohne Bundesgenossen die absolute Mehrheit des Unterhauses erringen zu können. Resultate der Neuwahlen und der Londoner Stadtratswahlen unterstützen diese Vorhersege. Der linke Flügel der Partei, der zweifellos im Augenblick die großzügigeren Führerpersönlichkeiten enthält, will sich eine Lösung der Koalition einlassen. Die unionistischen Mitglieder des Kabinetts Lloyd George haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie mit ihrem Anhang eher aus der unionistischen Partei austreten würden, statt die Bundesgenossenschaft mit Lloyd George preiszugeben.

Diese Verhältnisse in der unionistischen Partei, die sich anscheinend in den letzten Wochen noch weiter zuspitzt haben, nachdem es nicht gelungen ist, Sir George Younger aus seiner Führerstellung zu drängen, ist von dem Organisator der Lloyd-George-Liberalen, Churchill, dazu benutzt worden, um Vorbereitungen zur Bildung einer Mittelpartei zu treffen. Sie würde sich aus den Nationalliberalen — den Koalitionsliberalen — und den linken Konservativen zusammensetzen, wenn es nicht noch gelingen sollte, innerhalb der unionistischen Partei die Formel zu finden, die ein Zusammenarbeiten der ganzen Partei mit Lloyd George und seinen Liberalen auf die Dauer ermöglicht. Es bliebe nur noch das Problem zu lösen, in welchem Verhältnis die Gruppe der Asquith-Liberalen zu dieser neuen Mittelpartei treten wird: Da ihr Führer Asquith viel älter ist als Lloyd

## Brauns Autonomierede.

Die Rede, die der preussische Ministerpräsident Brauns in Breslau gehalten hat, ist von unserm Korrespondenten, der die ober-schlesischen Verhältnisse aufs genaueste kennt, als ein schwerer taktischer Mißgriff bezeichnet worden. Unser Korrespondent hat die Frage der Autonomie an sich unerörtert gelassen und nur untersucht, welche Wirkung das Hervortreten des preussischen Ministerpräsidenten auf die seit längerer Zeit im Gang befindlichen Auseinandersetzungen der Oberschlesier untereinander haben würde. Das Recht der Oberschlesier auf eine Abstimmung ist durch das Reichsgesetz vom 27. November 1920 festgelegt worden, das folgenden Wortlaut hat:

„In der preussischen Provinz Oberschlesien findet innerhalb zweier Monate, nachdem die deutschen Behörden die Verwaltung des zurzeit besetzten Gebietes wieder übernommen haben, eine Abstimmung nach Artikel 18, Abs. 4, Satz 1 und Abs. 5 darüber statt, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll. Wird die Frage bejaht, so ist das Land unzerstückelt einzurichten, ohne daß es eines weiteren Reichsgesetzes bedarf. Dabei gelten folgende Bestimmungen:

1. Es ist eine Landesversammlung zu wählen, die binnen drei Monaten nach der amtlichen Feststellung des Abstimmungsergebnisses zur Einsetzung der Landesregierung und zur Beschlussfassung über die Landesverfassung einzuberufen ist. Der Reichspräsident erläßt die Wahlordnung nach den Grundsätzen des Reichswahlgesetzes und bestimmt den Wahltag.
2. Der Reichspräsident bestimmt im Benehmen mit der ober-schlesischen Landesversammlung, wann das Land als eingerichtet gilt.
3. Die ober-schlesische Staatsangehörigkeit erwerben: a) die voll-jährigen Reichsangehörigen, die am Tage der Einrichtung des Landes Oberschlesien (Nr. 2) in seinem Gebiet Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt haben, mit diesem Tage; b) sonstige volljährige preussische Staatsangehörige, die im Gebiet der Provinz Oberschlesien geboren sind und innerhalb eines Jahres nach Einrichtung

des Landes (Nr. 2) der Landesregierung erklären, daß sie die ober-schlesische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, am Tage des Eingangs dieser Erklärung; c) alle Reichsangehörigen, die durch Geburt, Legitimation oder Eheschließung der Staatsangehörigkeit einer der unter a und b bezeichneten Personen folgen.“

Der preussische Ministerpräsident habe nur, so sagt die Zuschrift aus Regierungskreisen, die im heutigen Morgenblatt wiedergegeben wurde, „seine selbstverständliche Pflicht als Chef des preussischen Kabinetts erfüllt.“ In dieser Auffassung scheint uns der grundlegende Irrtum begründet zu sein. Durch das Reichsgesetz ist die Entscheidung über Oberschlesien vorläufig der Kompetenz Preußens entzogen. Der Chef des preussischen Kabinetts hatte deshalb „die selbstverständliche Pflicht“, die äußerste Zurückhaltung zu üben, um den Anschein zu vermeiden, als ob Preußen den Versuch mache, der Entscheidung der Oberschlesier vorzugreifen. Die Gefahr besteht, daß jetzt die Auseinandersetzung über die zweckmäßigste Form der dauernden Eingliederung Oberschlesiens in den Reichskörper zu einer antipreussischen Agitation ausarte.

Sache der Oberschlesier selbst wird es sein, sich die Frage vorzulegen, ob das durch die Entscheidung der Entente verstümmelte Gebiet die Lasten einer autonomen Landesverwaltung zu tragen imstande ist. Es kann sein, daß diese Frage verneint wird, und daß dann an Preußen die Frage herantritt, ob es, unter Gewährung aller Garantien für die freie Entwicklung auf religiösem und kulturellem Gebiet, die Opfer zu bringen bereit wäre, die die Verwaltung und Neubelebung des durch die letzten Jahre so schwer mitgenommenen Gebietes erfordert. Die aktive Politik, für die sich Herr Brauns am Sonntag in seiner Breslauer Rede entschieden hat, wird leider der Auffassung Nahrung geben, daß preussische Interessen geltend gemacht werden sollen, während es sich doch nur darum handelt, den Oberschlesiern im Rahmen des Deutschen Reiches eine Heimstätte zu schaffen, in der sie sich wohl fühlen.

J. E.

(Siehe auch dritte Seite.)